

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/159

"Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/159 vom 02.12.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/175 des HA vom 03.12.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Antrag

der Abgeordneten **Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl SPD**

Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über Risiken bei der BayernLB und durch die BayernLB verursachte Kosten für den Staatshaushalt zu berichten, insbesondere über folgende Punkte:

1. Rückzahlung durch die BayernLB:

Die Rückzahlung von der Landesbank an den Freistaat Bayern soll insgesamt 4.960 Mio. Euro, wie er als Zielwert von der Bank selbst aber auch von der EU angegeben wurde, betragen. Somit soll für die 10 Mrd. Euro Kapitalspritze des Freistaats im Umfang von 5.040 Mio. Euro keine Rückzahlung erfolgen. Damit würde für den Freistaat ein Totalverlust von 5.040 Mio. Euro feststehen. Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung dagegen eine komplette Rückzahlung der 10 Mrd. Euro in welchem Zeitraum und durch welche Maßnahmen sichergestellt werden? Welche fiskalischen Planungen hat die Staatsregierung hinsichtlich Höhe und Dauer der Zahlung der Schuldzinsen (für die Kapitalmaßnahmen für die BayernLB) und der Finanzierung der Fondsmittel (Offensive Zukunft Bayern), die bereits bezahlt wurden und weiterhin im Haushalt eingestellt sind?

2. **Garantiezahlung für das ABS-Portfolio:**
Der Freistaat haftet insgesamt bis zu einem Ausfall von 4,8 Mrd. Euro. Nach welchen Szenarien werden voraussichtlich zu welchen Stichtagen in welcher Höhe Zahlungen fällig? Bis zu welcher Gesamthöhe wird der Freistaat voraussichtlich Garantiezahlungen leisten müssen?
3. **MKB Bank:**
Reichen nach Einschätzung der Staatsregierung die bislang geleisteten Kapitalerhöhungen für die MKB aus oder werden weitere Kapitalerhöhungen in welchem Umfang und aus welchen Gründen erforderlich? Wie wird sich die Ertragssituation der MKB entwickeln und welche Planungen hinsichtlich eines Verkaufs der MKB liegen vor?
4. **HGAA:**
Von erheblicher finanzieller Dimension ist die gerichtliche Auseinandersetzung um die Rückzahlung der von der BayernLB an die HGAA geflossenen Gelder i.H.v. über 4 Mrd. Euro, bei der es um die Frage Darlehen oder Eigenkapital geht. Ende 2012 wurden seitens der HGAA die Rückzahlungen eingestellt. Wie schätzt die Staatsregierung aus welchen Gründen die Chancen der BayernLB auf komplette Rückzahlung ein? Wie sind die Forderungen gegenüber der HGAA bei der BayernLB bilanziert, welche Vorsorge hat die BayernLB bei teilweisem oder vollständigem Ausfall der Rückzahlungen getroffen? Wie ist aus der Sicht der Staatsregierung der Sachstand im laufenden Zivilprozess der BayernLB gegen die Hypo Alpe Adria Mitarbeiter Privatstiftung (MAPS) am Handelsgericht Wien, wie schätzt die Staatsregierung aus welchen Gründen die Erfolgsaussichten der BayernLB ein?



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller,
Günther Knoblauch u.a. SPD
Drs. 17/159**

Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Harald Güller**
Mitberichterstatter: **Ernst Weidenbusch**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 3. Dezember 2013 beraten und für erledigt erklärt.

Peter Winter
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

**über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 2, die einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zum Verordnungsentwurf und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und der nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum Entwurf einer Zwölften Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz
Drs. 17/43, 17/235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben
Drs. 17/20, 17/176 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird gesondert beraten

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern
Drs. 17/47, 17/147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig behandeln – Bargeld statt Essenspakete
Drs. 17/48, 17/148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!
Drs. 17/54, 17/149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter bayerischen Pflegekräften zur Pflegekammer vorlegen!
Drs. 17/53, 17/189 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Pflegenotstand in Bayern
Drs. 17/86, 17/190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Befragung zur Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern
Drs. 17/87, 17/191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Repräsentative Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer – wo sind die
Ergebnisse?
Drs. 17/91, 17/192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayernLB: Rückzahlungen sicher? Landtag informieren!
Drs. 17/123, 17/173

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht
Drs. 17/144, 17/174

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch
u.a. SPD
Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt
Drs. 17/159, 17/175

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Walter Taubeneder, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung
(BR-Drs. 735/13)
Drs. 17/120, 17/121 (E)

Es wurde nicht beantragt, die Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen.

**Die Eilentscheidung (Beschluss) des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen vom 26. November 2013 gemäß § 151 GeschO ist somit endgültig.
(Drs. 17/122).**

Ein Plenarbeschluss ist nicht mehr erforderlich.